

SPERRFRIST:

1. Mai 2016, 11.15 Uhr

REDE

Es gilt das gesprochene Wort!

— **Reiner Hoffmann**

DGB-Vorsitzender

1. Mai 2016

Stuttgart

Wir haben viel erreicht, wir haben noch viel vor!

Stellt Euch mal vor, was wäre, wenn die Gewerkschaften in den letzten Jahrzehnten nicht für soziale Gerechtigkeit gekämpft hätten?

Ohne uns sähe die Republik anders aus!

Was wäre, wenn Gewerkschaften nicht ständig in harten Tarifrunden für bessere Löhne und vernünftigeren Arbeitsbedingungen ringen würden?

Der Niedriglohnsektor wäre noch viel größer, als er ohnehin schon ist!

Wie lange müssten wir heute täglich schuften ohne Tarifverträge?

Niemand würde nach acht Stunden nach Hause gehen!

Was wäre mit unserem Urlaub, wenn es keine Gewerkschaften gäbe?

Von 30 Tagen würden alle nur träumen!

Ohne Euer Engagement und unsere oft harten Auseinandersetzungen hätten wir NICHTS bekommen.

Freiwillig haben die Arbeitgeber uns noch nie etwas geschenkt!

Das sehen wir an der tagtäglichen Tariffucht viel zu vieler Arbeitgeber.

Das ist Sabotage am Grundsatz „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“.

Was wir dringend brauchen, ist eine stärkere Tarifbindung.

Es ist höchste Zeit, dass wieder mehr Menschen unter den Schutz von Tarifverträgen fallen und ordentlich bezahlt werden!

Derzeit laufen für rund zwölf Millionen Beschäftigte Tarifverhandlungen.

Die IG Metall nimmt sich dabei besonders die Betriebe ohne Tarifbindung vor.

Das ist gut so, liebe Kolleginnen und Kollegen!

Es muss endlich Schluss damit sein, dass Arbeitgeber aus der Tarifbindung fliehen, Lohndumping betreiben und den billigen Jakob machen.

Ob Ihr da draußen für die IG Metall, ver.di, die IG BCE, die IG BAU, die GEW, die GdP oder die NGG steht:

Allen Kolleginnen und Kollegen, die gerade in harten Tarifverhandlungen mit den Arbeitgebern stehen, rufe ich zu:

Wir stehen solidarisch an Eurer Seite! Ihr kämpft nicht alleine!

Was die Arbeitgeber bisher auf den Tisch gelegt haben sind keine seriösen Angebote, das sind dreiste Provokationen.

Anrede

Unsere Welt verändert sich rasant und wächst immer enger zusammen!

Die Globalisierung schreitet immer weiter voran und hat viele Vorteile. Gerade als Exportnation wissen wir, dass Tausende Arbeitsplätze durch die Globalisierung geschaffen wurden.

Aber wir haben auch tausende Arbeitsplätze dadurch verloren.

Die Früchte der Globalisierung müssen endlich gerechter verteilt werden.

Nur ein paar Dutzend Menschen besitzen mehr Vermögen als die Hälfte der Weltbevölkerung.

Wir brauchen endlich faire Spielregeln für die Globalisierung und für einen gerechten Welthandel.

Deshalb fordern wir:

TTIP muss zum Hebel für faire Globalisierung gemacht werden – oder es wird kein TTIP geben!

Wir brauchen keine privaten Schiedsgerichte für Investoren, sie sind eine Gefahr für unsere Demokratie.
Wir sagen NEIN zu einer neo-liberalen Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen.

Und die Kernarbeitsnormen der Internationalen Arbeitsorganisation müssen verbindlich für alle Länder sein.
Das ist das Mindeste, Kolleginnen und Kollegen.

Solche Standards führen zu mehr Gerechtigkeit.
Die brauchen wir dringend!
Die Schere zwischen Arm und Reich klafft immer weiter auseinander! Überall auf der Welt, in Europa und in Deutschland.

Die Reichen werden immer reicher.
Ihre Vermögen wachsen in den Himmel. Und das auf Kosten von immer mehr Menschen, von denen jetzt schon viele unter Armut leiden oder von ihr bedroht sind.

Während die Besitzenden immer reicher werden, sind die Realeinkommen derer, die wenig verdienen, geschrumpft.

Allein das eine reichste Prozent hat in Deutschland in den vergangenen zehn Jahren 100 Milliarden Euro mehr Vermögen angehäuft.

Nur zehn Prozent der deutschen Bevölkerung verfügt über 60 Prozent des Vermögens.

Ein Drittel aller Erwachsenen hat gar kein Vermögen.

Kolleginnen und Kollegen!

Unsere Gesellschaft droht den sozialen Zusammenhalt zu verlieren.
Das haben auch die Rechtspopulisten erkannt.
Die nutzen das als Nährboden für ihr Programm der gesellschaftlichen Spaltung und feiern damit in Deutschland und in Europa einen Wahlerfolg nach dem anderen.

Da werden wir massiv gegenhalten, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Unsere Antwort auf gesellschaftliche Spaltung lautet:

„Es ist Zeit für mehr Solidarität!“
Nicht weniger!

Anrede

Was die Rechtspopulisten fordern, das hat nichts, aber auch gar nichts zu tun mit sozialem Zusammenhalt, nichts mit sozialer Gerechtigkeit, nichts mit fairer Globalisierung – und schon gar nichts mit Solidarität!

Wenige Kilometer von hier wird angeblich über Alternativen diskutiert.
Was sich hinter diesen Alternativen verbirgt, ist ungeheuerlich simpel, dumpf und zutiefst widersprüchlich!

Da wird gegen die Flüchtlinge gehetzt – und das Grundrecht auf Asyl soll ausgehebelt werden.
Das ist ein massiver Angriff auf unser Grundgesetz!

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

das Asylrecht ist durch unsere Verfassung garantiert!

Und: Die Würde des Menschen ist unantastbar!

Aber nicht nur das:

Da wird lautstark ein Steuerrecht gefordert, das angeblich die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer entlasten soll.

Da sollen die Vermögens- und Erbschaftssteuer abgeschafft werden.

Wer profitiert davon?

Nicht die kleinen Leute, sondern wieder die Reichen und Superreichen!

Das ist ein Programm für Besserverdiener und nicht für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer! Das heißt noch mehr soziale Ungleichheit!

Und dann soll auch noch die Gewerbesteuer gestrichen werden.

Den Kommunen würde damit der Geldhahn zugedreht – sie hätten Milliarden Euro weniger.

Es wäre Schluss mit der dringenden Sanierung unserer Schulen, noch mehr Schwimmbäder und Bibliotheken würden geschlossen.

Bahnen und Busse würden noch seltener fahren!

Die wahre Botschaft hinter dieser vermeintlichen Alternative lautet:

Kein Geld mehr für Investitionen in öffentliche Infrastruktur und die Daseinsvorsorge.

Dagegen müssen wir uns wehren liebe Kolleginnen und Kollegen, dagegen werden wir uns wehren!

Arbeitslose sind ihnen völlig egal: Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik soll abgeschafft werden.

Ordentlicher Arbeits- und Gesundheitsschutz oder Datenschutz, all die Errungenschaften, für die wir hart gekämpft haben, werden schlicht zur lästigen Bürokratie erklärt.

Die Folge wären wieder mehr Arbeitsunfälle.

Wieder mehr Berufskrankheiten. Und die totale Kontrolle am Arbeitsplatz.

Ich sage:

Gute Arbeit hat damit nichts, aber auch gar nichts zu tun!

Was die Rechtspopulisten da bieten, sind keine demokratischen Alternativen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Das ist Sozialabbau pur!

Das ist der Versuch, den Keil der Spaltung noch tiefer in unsere Gesellschaft zu treiben.

Anrede

Wir kämpfen für gute Arbeit, faire Löhne und endlich mehr Steuergerechtigkeit.

Und bei der Rente liebe Kolleginnen und Kollegen?
Dazu fällt den Rechtsaußen gar nichts ein – außer, dass wir alle länger arbeiten sollen.

Kein Wort dazu, wie wir unser Rentensystem fit für die Zukunft machen.
Kein Wort darüber, dass immer mehr Menschen von Altersarmut bedroht sind, wenn wir nicht endlich gegensteuern.
Das ist doch voll daneben, liebe Kolleginnen und Kollegen!

Wie ignorant muss man sein, um nicht zu erkennen, dass wir einen grundlegenden Kurswechsel in der Rentenpolitik brauchen.

Wenn wir jetzt nicht gegensteuern, werden immer mehr Menschen in der Altersarmut landen. Altersarmut, das heißt:

Kein Geld für Medikamente. Einschränkungen beim Essen.
Sparen bei der Miete.
Kein Geld für ein würdiges Leben nach jahrzehntelanger harter Arbeit!
Was wir brauchen, ist ein klarer Kurswechsel in der Rentenpolitik.

Als erstes brauchen wir eine Stabilisierung des gesetzlichen Rentenniveaus.
Langfristig muss das Rentenniveau deutlich erhöht werden.

Wer davon faselt, dass wir noch länger arbeiten sollen, ist nicht von dieser Welt:

Wir müssen überhaupt erst mal erreichen, dass die Beschäftigten gesund das Rentenalter erreichen.
Jeder zweite schafft es heute nicht bis zum Renteneintrittsalter.
Sie sind gesundheitlich erschöpft und verschlissen und können nicht länger arbeiten, selbst wenn sie es wollten.

Die Zeit ist reif für eine Rente, die für ein Leben in Würde reicht!

Anrede

Es gibt aber noch eine weitere große Herausforderung.

In Deutschland erleben wir seit Monaten ein bemerkenswertes zivilgesellschaftliches Engagement, das weltweit Anerkennung findet.

Tausende Menschen aus allen Berufen, Jung und Alt, bringen viel Zeit ein:

Sie helfen den Geflüchteten, die aus Kriegs- und Krisenregionen in großer Not zu uns gekommen sind.
Zahllose Hauptamtliche und Ehrenamtliche Gewerkschafter engagieren sich unermüdlich und helfen bei ihrer Aufnahme und Unterbringung.

Dafür danke ich euch herzlich!
Ihr habt gezeigt, dass Deutschland ein weltoffenes Land ist.

Deshalb haben wir im Februar die Allianz für Weltoffenheit ins Leben gerufen.

Mit dabei sind die beiden großen Kirchen, der Zentralrat der Juden,
der Koordinationsrat der Muslime,
die BDA und viele weitere Organisationen.

Mittlerweile wird die Allianz von rund 200 Organisationen der Zivilgesellschaft unterstützt.
Wir stehen gemeinsam für Weltoffenheit und Solidarität und gegen Intoleranz und Menschenfeindlichkeit.

Darum geht es uns auch heute am Tag der Arbeit.

Anrede

Was jetzt notwendig ist, ist die Integration der zu uns geflüchteten Menschen in den Arbeitsmarkt!
Das wird Zeit brauchen, Kraft, Engagement und solidarisches Handeln.

Klar muss dabei sein: auch für sie gelten ausnahmslos die Standards beim Lohn und bei den Arbeitsbedingungen.

Ausnahmen für Flüchtlinge beim Mindestlohn sind mit uns nicht zu machen!

Neue Formen der Ausbeutung werden wir nicht zulassen!

Unsere Forderung heißt:
Gleicher Lohn für gleiche Arbeit und bei gleichen Arbeitsbedingungen!

Wir werden das Feld nicht den rechten Populisten überlassen.
Die schüren Hass, Rassismus und Chauvinismus gegen Flüchtlinge und den Menschen, die ihnen zur Seite stehen.

Mehr als 1.000 Angriffe auf Flüchtlingsunterkünfte gab es im letzten Jahr.

Gewalt gegen Menschen, ob gegen Flüchtlinge, gegen Menschen die helfen oder Journalistinnen und Journalisten, sind ein Verbrechen und müssen mit der ganzen Härte des Rechtsstaats geahndet werden.

Die Gewerkschaften haben zu den ersten Opfern der Nazis gehört.
Auch deshalb engagieren wir uns mit allen Kräften gegen Rechts und sagen:

„Die Würde des Menschen ist unantastbar“!

Anrede

Wie sehr es Zeit für mehr Solidarität ist – das zeigt ein Blick nach Europa.

Keine Frage: wir haben viel erreicht in Europa. Jahrhundertlang haben fürchterliche Kriege in Europa gewütet.

Was das heißt, sehen wir in all den Ländern, aus denen jetzt Menschen fliehen müssen.

Seit 70 Jahren leben wir hier in Frieden. Das verdanken wir Europa!

Europa ist auch mehr als ein neoliberaler Binnenmarkt.

Doch die soziale Dimension ist mächtig unter die Räder gekommen.

Europa ist in einer schlechten, in einer grottenschlechten Verfassung!

Wir erleben Renationalisierung und den Rückfall in Kleinstaaterei.

Seit Jahren arbeitet Europa nur noch im Krisenmodus.

Die Finanzmarktkrise ist immer noch nicht überwunden und hat sich zur größten sozialen und politischen Krise in Europa entwickelt.

Spanien, Griechenland, Italien haben sich beinahe zu Tode gespart.

Ihre Sozial- und Rentensysteme sind zusammengebrochen.

Die wirtschaftliche und soziale Entwicklung in der Eurozone driftet immer weiter auseinander.

Beinahe ein Viertel der EU-Bürgerinnen und Bürger ist von Armut und sozialer Ausgrenzung bedroht.

22 Millionen Menschen in Europa sind ohne Arbeit.

Alleine in Griechenland und Spanien ist mehr als jeder fünfte arbeitslos und bei den Jugendlichen fast die Hälfte!

In anderen Ländern sieht es nicht viel besser aus

Für die falsche Krisentherapie und die rigorose Sparpolitik ist die deutsche Bundesregierung maßgeblich mit verantwortlich!

Es kann doch niemand ernsthaft glauben, dass es dem Exportland Deutschland langfristig gut geht, wenn es den Menschen in unseren Nachbarländern schlecht geht!

Deshalb ist es höchste Zeit umzusteuern.

Wir brauchen eine andere Wirtschafts- und Sozialpolitik für die Menschen in Europa.

Wir brauchen Investitionen statt Spardiktate.

Es muss endlich Schluss sein mit einem Europa, das ein Paradies für Steuerbetrüger und Geldwäscher ist.

Es muss endlich Schluss sein mit einem Europa, das die Axt anlegt an Arbeitnehmerrechte, an nationale Tarifsysteme und an Sozialleistungen.

Lasst uns keine Zeit mehr verlieren. Lasst uns gemeinsam mit dem Europäischen Gewerkschaftsbund und unseren europäischen Partnergewerkschaften in die Offensive gehen.

Wir brauchen eine Generaldebatte über das soziale Europa.
Ein Europa, das genug in seine Zukunft investiert.
Ein Europa, in dem gleicher Lohn für gleiche Arbeit bezahlt wird.
Ein Europa, das hohe Arbeits-, Sozial- und Umweltstandards für alle garantiert!

Anrede

Nicht nur in Europa, auch bei uns gibt es jede Menge Baustellen, die dringend bearbeitet werden müssen!

Bis zur Bundestagswahl haben wir noch viel vor.

Daher kann es nicht sein, dass die große Koalition die Arbeit jetzt einstellt, der Koalitionsvertrag ist noch lange nicht abgearbeitet.

An oberster Stelle steht die Bekämpfung beim Missbrauch von Leiharbeit und Werkverträgen.
Das hat die Koalition fest zugesagt. Der Missbrauch nimmt immer mehr zu. Mit dem Missbrauch wird Lohndumping im großen Stil betrieben - in allen Branchen.

Im Gesundheitsbereich haben die großen privaten Klinikbetreiber Sana, Fresenius, Helios und wie sie alle heißen, Werkverträge für sich entdeckt und reihenweise konzerneigene Kleinbetriebe geschaffen.

Auf den Knochen der Beschäftigten werden hemmungslos die Gewinne gesteigert.
Ähnliche Praktiken erleben wir inzwischen in der Logistik, der Postdienstleistung und an den Flughäfen.

Bekannter sind die Schweinereien aus der Fleischindustrie – wo Kollegen aus Rumänien oder Bulgarien zu miserablen Löhnen ewig lange schufteten.
Das alles wird gnadenlos weitergehen, wenn es nicht endlich ein Gesetz gegen den Missbrauch gibt!
Und es ist höchste Zeit, dass der Einsatz von Leiharbeitern als Streikbrecher gesetzlich verboten wird.

Für uns gilt: Wir lassen uns nicht spalten in den Betrieben.
Es ist Zeit für mehr Solidarität!

Anrede

Völliger Stillstand herrscht bei der gleichen Bezahlung von Männern und Frauen.
Frauen verdienen immer noch 21 Prozent weniger als ihre männlichen Kollegen.

Wir brauchen dringend das Gesetz gegen Entgeltungleichheit!

Aber was erleben wir auch hier?
Der Gesetzentwurf steckt seit Monaten im Kanzleramt fest.
Es muss endlich daran gearbeitet werden!

Oder die Teilzeit:
Teilzeitarbeit darf keine Sackgasse sein.
Wer sich für Teilzeit entscheidet, muss das Recht haben, in Vollzeit zurückzukehren.
Gerade Frauen brauchen einen rechtlichen Anspruch auf befristete Teilzeit und Rückkehr auf Vollzeit.

Laut Koalitionsvertrag sieht die Bundesregierung das genauso.
Dann soll sie auch endlich liefern!

Die Koalition sollte arbeiten, und zwar Vollzeit, statt Vorwahlkampf in Teilzeit zu betreiben!

Arbeitsverweigerung erleben wir auch beim Thema Steuergerechtigkeit:

Bei der Neuregelung der Erbschaftssteuer kommt man sich inzwischen vor, wie in der „Unendlichen Geschichte“.

Alle bisherigen Vorschläge scheinen nur ein Ziel zu haben:
Mit kruden Regeln, Bluffs und neuen Privilegien sollen Reiche und Superreiche weiter vor dem Fiskus geschützt werden.
Aber auch die Reichen wollen eine vernünftige Infrastruktur, gute Bildung, gute Forschung, gute Bürgerämter – aber Steuern zahlen dafür wollen sie nicht!
Ebenso bei der Kapitalertragssteuer sind sie die größten Drückeberger:
Wir zahlen bis zu 42 Prozent Steuern auf unsere Arbeit.
Aber auf Kapital, das nicht arbeitet, schleichen sich die Reichen mit 25 Prozent davon.
Erreicht wird damit doch nur eines:
Die Kluft zwischen Arm und Reich in unserem Lande wird immer größer.

Es muss Schluss sein mit den Steuerprivilegien für die Reichen.
Was wir brauchen ist eine echte Reform der Erbschaftssteuer.

Und: Kapitalerträge müssen endlich wieder genauso besteuert werden wie unsere harte Arbeit!
Auch in der Steuerpolitik ist es höchste Zeit für mehr Solidarität.

Anrede

Solidarität ist die Basis,
ist der Kitt für den Zusammenhalt unserer Gesellschaft.

Solidarität ist das Grundprinzip sozialer Demokratien – Ob zuhause oder im Betrieb, bei Rente oder Pflege, bei Jung und Alt, zwischen Männern und Frauen: Solidarität macht uns stark, Solidarität bringt uns gemeinsam nach vorne.

Ohne Solidarität gibt es keine soziale Gerechtigkeit.

„Es ist Zeit für mehr Solidarität“,
nicht weniger,

in Deutschland und in Europa.



Kolleginnen und Kollegen,

Wir haben viel erreicht.

Und wir haben noch viel vor!

Glückauf!